

„Ein großer, ungejäteter Garten voll Kraut und Unkraut. Wer wollte sich dieses Sammelplatzes von Torheiten und Fehlern so wie von Vortrefflichkeiten und Tugenden ohne Unterscheidung annehmen und...gegen andre Nationen den Speer brechen?... Offenbar ist die Anlage der Natur, daß wie Ein Mensch, so auch Ein Geschlecht, also auch Ein Volk von und mit dem anderen lerne...bis alle endlich die schwere Lektion gefaßt haben: kein Volk ist ein von Gott einzig auserwähltes Volk der Erde; die Wahrheit müsse von allen gesucht, der Garten des gemeinen Besten von allen gebauet werden.“

Johann Gottfried Herder (25. August 1744 † 18. Dezember 1803)

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

Für Halle und den
Saalekreis

12. Ausgabe / 26. Jahrgang

13. Dezember 2016

In Berlin und (H)alle dabei – Ein Blick zurück, ein Blick nach vorn

Juhu, ein Jahresrückblick! Okay, am Jahresende einen Rückblick zu schreiben, ist nichts Neues und gibt es jedes Jahr in den verschiedensten Ausführungen in allen Medien. Aber für mich ist das neu. Denn meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ich möchten das politische Jahr 2016 einmal aus ganz persönlicher Sicht Revue passieren lassen. Wir werden nicht alles beleuchten können. Dafür war zu viel los in diesem Jahr, als dass wir alles auf wenige Seiten zusammenfassen könnten.

Das Jahr startete mit den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt. Die Genossinnen und Genossen kämpften über viele Wochen an den Infoständen tapfer gegen rechten Populismus an. Sie erfuhren viel Zuspruch, aber auch viel Kritik – vor allem wegen der Flüchtlingspolitik meiner Partei DIE LINKE. Wir stehen nach wie vor zu unserer Meinung, dass kein Mensch illegal ist und jeder Mensch auf der Flucht Hilfe bekommen muss. Es ist falsch Mauern zu bauen, Grenzen zu schließen und Obergrenzen zu fordern. Die Fluchtursachen wie Waffenexporte in Krisengebiete, ausbeuterische Wirtschaftspolitik in den Entwicklungsländern etc. müssen bekämpft werden.

Es war ein eisiger Wahlkampf, nicht nur wegen des Winters. Und dann am 13. März das Ergebnis: Die AfD erhielt 23,1% der Stimmen und DIE LINKE in Sachsen-Anhalt 18,7%. Es ist müßig, sich über das Warum zu streiten. Dieser Wahlabend steckt allen Genossinnen und Genossen noch heute in den Knochen und gab uns allen zu denken. Die linke Landtags-

Liebe Genossinnen und Genossen,
ich möchte Euch allen eine ruhige und schöne Weihnachtszeit wünschen und uns allen ein erfolgreiches, friedvolles Jahr 2017. Im Jahr 2017 werden wir Bundestagswahlen haben und ich möchte mit Euch zusammen dafür streiten, dass dem Rechtsrechtsruck in unserem Land und in Europa durch eine starke Linke Einhalt geboten wird. Dafür gilt es überzeugende Angebote hinsichtlich einer solidarischen, weltoffenen und gerechten Gesellschaft zu machen und sie den Menschen nahe zu bringen. Ich zähle auf Euch.

Marianne Böttcher

fraktion schrumpfte deutlich zusammen. Doch mittlerweile setzen sich die LINKEN Abgeordneten im Landtag weiterhin für linke Werte und Politik in Sachsen-Anhalt ein.

Im April hat Bundesfinanzminister Schäuble einen Zehn-Punkte-Plan zur Bekämpfung von Geldwäsche vorgestellt. Danach sollen unter anderem alle nationalen und internationalen schwarzen Listen vereinheitlicht werden. Deutschland verliert jährlich nämlich 50 Milliarden Euro wegen Steuerhinterziehung. Wo das ganze Geld hinget? Zum Beispiel nach Panama. Die sogenannten Panama-Papers machten dieses Jahr Furore.

weiter auf Seite -2-

Ein Blick zurück, ein Blick nach vorn... Fortsetzung von Seite -1-

DIE LINKE. kämpft gegen Gewalt an Frauen. Daher ist es ein Erfolg, dass seit Juli ein Nein ausreicht, um die eigene sexuelle Selbstbestimmung zu schützen. Nein heißt Nein. So groß die Freude über dieses nun gesetzlich verankerte Prinzip auch ist, so gibt es einen bitteren Beigeschmack. Denn im gleichen Atemzug hat es die Bundesregierung geschafft, das Ausweisungsrecht zu verschärfen. Dank des neuen Paragraphen 177 wird Ausländerinnen und Ausländern nun generell unterstellt, dass sie sexuelle Straftaten begehen würden. Sie können dadurch schneller abgeschoben werden. Das kommt aber einer Doppelstrafung durch das Straf- und Ausländerrecht gleich. Und das ist nicht zulässig.

Nun sind wir schon im Sommer 2016 angekommen. Im Linken Laden fand wieder unser traditionelles Sommerfest statt. Bei 36°C war der Getränkewagen der am meisten frequentierte Ort des Tages. Dann kam die Sommerpause im Bundestag.

Im September habe ich mich in meinem Podcast mit der Cyberstrategie der Bundesregierung auseinandergesetzt. In Zusammenarbeit mit der Bundeswehr und Polizeibehörden soll eine mobile Eingreiftruppe installiert werden, die das Bundestagsnetz vor Hacker-Angriffen schützen soll. Dabei scheint sich die Regierung so sehr bedroht zu fühlen, dass sie diese Strategie noch nicht einmal durch das Parlament abstimmen lassen möchte. Das ist eine sehr fragwürdige Auffassung von Demokratie. Mein Fraktionskollege Jan Korte hatte sich dazu 30 Fragen überlegt, mit deren Beantwortung er mehr als unzufrieden war. Das ist für uns Grund genug am Thema dran zu bleiben.

Im September gab es noch zwei weitere große Themen. Am 17. September kam es in sieben großen deutschen Städten zu Demonstrationen gegen die Freihandelsabkommen TTIP und CETA. 320 000 Menschen gingen auf die Straßen und forderten das Ende der Verhandlungen. Auch meine Partei war auf den Demos vertreten. Bei TTIP und CETA handelt es sich um Freihandelsabkommen mit den USA und Kanada, die unter strengsten und geheimsten Vorkehrungen verhandelt werden. Durch TTIP und CETA werden die Rechte von Verbraucherinnen und Verbrauchern und von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gefährdet, der Umwelt und dem Klima geschadet und lang erkämpfte Rechte außer Kraft gesetzt. Außerdem können Konzerne Staaten verklä-

gen, wenn diese sich nicht an Vereinbarungen halten. DIE LINKE. wird sich auch weiterhin für den Stopp der Verhandlungen einsetzen.

Einen Tag nach den Großdemos wurde in Berlin das neue Abgeordnetenhaus gewählt. Der Ausgang der Wahlen war weniger katastrophal wie in Sachsen-Anhalt und lässt wieder hoffen. Mit 27 Sitzen zog in Berlin DIE LINKE. ein. Zusammen mit der SPD und den Grünen bilden sie nun die zweite rot-rot-grüne Landesregierung in Deutschland. Bis in den November zogen sich die Koalitionsverhandlungen hin. Aber jetzt kann die junge Regierung endlich starten und gestalten.

Und schon nähert sich das Jahresende. Das ist auch an der Zunahme von Terminen und Veranstaltungen zu merken. Im Oktober habe ich gemeinsam mit der Bundestagsabgeordneten Sabine Zimmermann und der Landtagsabgeordneten Doreen Hildebrandt in Halle-Neustadt das Jobcenter besucht und am Abend eine Veranstaltung zum Wandel am Arbeitsmarkt durchgeführt. Die Landtagsfraktion von Sachsen-Anhalt war im November zu Gast in Halle, hielt dort mit mir gemeinsame öffentliche Bürgersprechstunde ab, besuchte diverse Einrichtungen und diskutierte am Abend über ein Mindesthonorar für Selbstständige. Meine ursprünglich geplante Veranstaltung zum Sexualstrafrecht wird 2017 nachgeholt. Stattdessen habe ich geflüchteten Frauen und ihren Kindern das Theaterstück Die Dicke spielt Medea mit Julia Raab geschenkt. Zum Bundesweiten Vorlesetag war ich bei den 5. Klassen der Sekundarschule Kastanienallee in Halle-Neustadt zu Besuch und habe aus der Ferne dem Landtagsabgeordneten Hendrik Lange zur Eröffnung seines neuen Wahlkreisbüros gratuliert.

Was geschah sonst noch? Ach ja. Donald Trump wurde zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt, Angela Merkel will eine vierte Amtszeit als Bundeskanzlerin und Frank-Walter Steinmeier könnte neuer Bundespräsident werden. Das muss erst einmal sacken. Wir würden ja gern den Armutsforscher Christoph Butterwegge in diesem Amt sehen, aber na ja ...

Damit wären wir auch schon im Jahr 2017 angekommen. Hellsehen kann ich natürlich nicht, aber große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus ... und so weiter. Klar, die Bundestagswahlen werden das Ereignis des Jahres 2017 sein. Wir werden alle mit

anpacken und einen guten Wahlkampf machen: Flagge gegen rechten Populismus zeigen und soziale Gerechtigkeit fordern! Dafür werden wir alle Kräfte

bündeln.

In diesem Sinne wünschen wir allen erholsame Feiertage und ein erfolgreiches Jahr 2017!

Die ungekürzte Fassung des Jahresrückblicks ist auf Petras Homepage zu finden.

Gesamtmitgliederversammlung des Saalekreises am 22. Oktober in Merseburg

Der Kreisvorstand Saalekreis hat am 22. Oktober in den Schlossgartensalon von Merseburg zur Gesamtmitgliederversammlung geladen. Mit rund 60 Genoss*innen waren 1/5 aller Mitglieder des Saalekreises anwesend. Prominente Gäste wie Roland Claus, Birke Bull, Sven Knöchel und Achim Bittrich verfolgten gespannt die Veranstaltung. Thema des langen Vormittags war uneingeschränkt die Bundestagswahl 2017. Für deren Vorbereitung, wie die Erstellung der Liste, wurden Delegierte für die Landesvertreter*innenversammlung gewählt. Außerdem fanden Wahlen von Delegierten für den Landesparteitag kommendes Jahr statt und es wurden weitere Vertreterinnen (diesmal nur Frauen!) für den Kreisvorstand gesucht.

Auftakt der Versammlung machte der Kreisvorsitzende Alexander Sorge, der nach einer Begrüßung den Mitgliedern einen ausführlichen Abriss der Aktivitäten des Kreisvorstandes des vergangenen Jahres gab. Alexander lobte die konstruktive Zusammenarbeit des Kreisvorstandes und plädierte an alle weiblichen Mitglieder, sich der Nachwahl in den KV zu stellen. Er erläuterte Neuerungen, wie die Patenschaften eines jeden Kreisvorstandsmitgliedes für einen Ortsverband im SK; die neu aufgenommenen Klausurtagungen, auf denen der KV in enger Runde neue Themen eruiert, bespricht und Lösungen sucht sowie wiederaufgenommene Veranstaltungen zur politischen Bildung. Hierfür wurde der Einladung zur Versammlung ein Fragebogen beigelegt, auf welchem die Mitglieder ihre Vorstellungen für eine gelungene Veranstaltung mitteilen konnten. Als Vorausblick für die Bundestagswahl wurden Termine für die Vertreter*innenversammlungen in MSH, BLK und dem SK genannt.

Birke Bull bat um verlängerte Redezeit, da sie den Genoss*innen einiges mitzuteilen hatte. Sie entschuldigte sich zunächst, dass es in diesem Jahr keine Regionalkonferenzen mehr geben wird. Auf Grund

der zahlreichen Veranstaltungen zur Bundestagswahl sollten die Mitglieder sich nicht einen weiteren Abend freihalten müssen. Birke berichtete, dass aus der Schlappe der Landtagswahlen versucht wird, Schlüsse zu ziehen, wie die Politik von links für den Wähler in 2016/2017 aussehen muss. Ein starkes Augenmerk liegt dabei auf der Bildung und der Rente, die durchaus wahlentscheidend kommendes Jahr sein können. Des Weiteren erzählte Birke, dass DIE LINKE wieder verstärkt auf die Straße muss, um dem Bürger „aufs



Maul schauen zu können, aber nicht nach dem Munde reden“. Ein weiterer Punkt war die Landtagsfraktion, die sich durchaus zusammengefunden hat und ein starkes, fachlich gutes Team bildet. Der Verjüngungsprozess in den Ämtern der Partei hat in 2016 stattgefunden und soll auch in 2017 auf Bundesebene fortgeführt werden.

Ein Redner mit Potential für Diskussionen war Lars Brzyk, der sich den Mitgliedern als Kandidat für die Bundestagswahl im Wahlkreis 73 vorstellte. Er begründete seinen Entschluss zur Kandidatur mit dem schlechten Wahlergebnis der LINKEN zur Landtagswahl und dass wir für den Bürger das Attribut „kümmern“ verloren hätten. Er plädiert ausdrücklich für den Straßenwahlkampf und das Zuhören. Des Wählers Stimme kann nur gewonnen werden, so

Lars, wenn wir seine Ängste und Sorgen kennen und darauf reagieren. Als Mandatsträger im Bundestag will er für seine Bürger in seinem Wahlkreis vor Ort sein und gemeinsam die Probleme angehen. Er sprach dazu gleich zwei Punkte seines Programmes an; zum einen die Einführung eines Mindestpreises, um den Mittelstand wettbewerbsfähig gegenüber Konzernen zu machen und zum anderen sprach er sich für kostenlose Mitgliedschaften für Jugendliche bis 16 Jahre in Vereinen aus.

Etwas ruhiger wurde es im Saal, als Uwe Müller ans Mikro trat. Er mahnte die Versammlungsmitglieder zur Nachsicht mit den Organisatoren. Bei einem Wahlgang gab es einen falschen Namen auf dem

Wahlzettel, der Stimmzettel musste korrigiert und neu gedruckt werden und somit der Wahlgang wiederholt. Das sorgte bei einigen Genoss*innen für Unmut. Uwe Müller sprach den Organisatoren seinen Dank aus und betonte, dass diese alle ehrenamtlich ihre Funktion innerhalb der Partei ausüben und freiwillig Zeit in der Partei bei der Mithilfe der Organisation und Durchführung von Veranstaltungen verbringen.

Im Großen und Ganzen war es eine gelungene und kurzweilige Versammlung. Bei den Wahlen fiel auf, dass der Anteil an der Quote an weiblichen Kandidaten deutlich schwieriger zu erfüllen ist als bei den Männern. Nichtsdestotrotz konnten in fast allen Bereichen die zu vergebenen Plätze besetzt werden.

Gregor Gysi live im Ständehaus – eine Nachlese

Nachdem die ursprüngliche Buchlesung im März 2016 abgesagt werden musste gab es am Mittwoch, den 09.11.2016 im Ständehaus regen Andrang. Noch kurz vor der Veranstaltung wunderten sich die Veranstalter über die „nur“ 90 Karten, die im Vorfeld verkauft wurden. Am besagten Mittwochabend füllte sich der Kleine Saal im Ständehaus jedoch mit weitaus mehr Gästen, so dass im gesamten Ständehaus die Stühle gesammelt werden mussten, um den zuletzt Gekommenen noch eine Sitzmöglichkeit zu bieten.

Fast pünktlich eröffnete der Moderator den Abend und bat seinen Gast Gregor Gysi nach einer kleinen Anekdote über seine Straßenbahnfahrt zum Veranstaltungsort auf die Bühne. Beide gaben sich anschließend einen herrlichen Schlagabtausch und Gysi stahl dem Moderator nicht nur einmal die Show mit seiner Redegewandtheit. So wurde dieser z.B. kurzerhand mundtot geredet und Herr Gysi meinte, „sie müssen keine Fragen stellen, ich schaffe das auch alleine“. Gewohnt Gysi.

Thematisch war der Abend gespickt von zahlreichen aktuellen Themen, so z.B. den Präsidentschaftswahlen in den USA. Dass Trump „die Ungerechtigkeit deutlich verschärfen wird“, darüber müsse er nicht sprechen. Jedoch gewinnt er der Wahl Trumps auch etwas Gutes ab. Obwohl der Multimillionär kein Interesse an Außenpolitik hat, könnte er zufällig Lösungen für den Krieg in Syrien und den Ukraine Konflikt finden, da Gysi ihm zutraut, mit Putin wesentlich besser klar zu kommen als sein Vorgänger. Seine Wahl verdankt er denen aus dem Volk, die ihn aus Protest gegen das bestehende System gewählt haben. Er sei eben kein

Urpolitiker, der eine Karriere nachzuweisen hat und sich bereits auf dem Parkett bewegt. Amerika hätte sich etwas „Neues“ gewünscht und nichts Abgedroschenes. Zum Wahrheitsgehalt von Trumps Wahlversprechen sagte Gysi, dass er Rechte, und in Falle von Amerika speziell die Republikaner, ihre Versprechen immer gehalten haben und sie zum größten Teil umsetzen konnten.

Den rechtspopulistischen Wandel in der EU sieht Gysi mit einem weinenden Auge. Mit der eventuellen Wahl von Le Pen nächstes Jahr zur Staatspräsidentin könne sich die Entwicklung fortsetzen und die EU gänzlich zerfallen. Die Folge wären die ursprünglichen Nationalstaaten. „Die Solidarität ist tot“, meint Gysi und verweist da auf die Griechenlandkrise. Mit der Haltung Deutschlands hätten alle anderen europäischen Staaten gesehen was mit ihnen passiert, befänden sie sich in der gleichen prekären Lage. Und von da aus ist der Schritt in die Nationalstaaten nicht mehr weit. Gysi führt weiter aus und prognostiziert dann auch wieder Kriege, denn in einem vereinigten Europa hätte es das nie gegeben; jedoch wenn jeder Staat wieder sich selbst am nächsten ist, stünden wir bald wieder davor. Deutschland hat die mangelnde Solidarität zudem selber erfahren, als es 2015 um Flüchtlingsquoten warb und keine positiven Bescheide darüber entgegen nehmen konnte. Jahre zuvor schlugen nämlich die Mittelmeerstaaten eine ebensolche Quote vor und ernteten von Deutschland Unverständnis und den Verweis auf das Dublin-Verfahren.

Für die Bundestagswahl 2017 wünscht sich Gysi einen historischen Regierungswechsel. Dieser sei auch

notwendig, da der Rechtspopulismus in Europa und nun auch in den USA zunimmt. Die Aufgabe einer neuen, hoffentlich, Rot-Rot-Grünen Regierung wäre dann, einen sozialen Schub zu organisieren, ohne dabei die Wirtschaft zu verdrängen. Das gelänge nur unter der Mithilfe einer jeden Partei: so müsste die Union wieder konservativer werden, um dem rechten Flügel der AfD-Wähler wieder ein zu Hause zu geben. Gleichermaßen müsse die SPD wieder sozialer werden, um diesem Teil der Wähler wieder eine Stimme zu geben. Gelänge das den etablierten Parteien nicht, so trügen wir alle die Schuld am neuerlichen und viel stärkeren Wahlsieg der AfD in 2017.

Seine politische Zukunft stellt sich Gysi weiterhin als Abgeordneter im Bundestag vor und er hofft sogar auf die Alterspräsidentenschaft. Mit einem Schmunzeln im Gesicht erläutert er das Verfahren zur Wahl und kommentiert süffisant, dass er es genießen würde, wenn die Union zum ersten Mal geschlossen für ihn aufstehen würde. Weiterhin würde er die uneingeschränkte Redezeit genießen, die ihm zustehe; er würde schlichtweg „alle tot reden“. Bezüglich der Redezeit gibt er eine Anekdote preis, die ihn letztlich zu Bundestagspräsidenten Lammerts 65. Geburtstag in dessen Büro führt. Auf Grund der schnell verfliegenden Redezeit im Saal, wünschte sich Gysi für Lammert eine Uhr, die ihm mehr Zeit zum Reden schenke. An Lammerts Geburtstag war es dann soweit – Gysi schenkt ihm tatsächlich eine Uhr und diese lief sogar links herum und verschaffte Gysi wohl die Zeit seines Lebens.

Wenn Gysi nicht im Bundestag sein Mandat ausfüllt ist er leidenschaftlicher Jurist, Publizist und sogar Moderator. In seiner letzteren Tätigkeit genießt er den Umstand, mit anderen Personen des öffentlichen Lebens über Gott und die Welt plaudern und ihnen manch private Anekdote zu entlocken. Das sei ohnehin interessanter als die „kotzlangweiligen Bundestagsdrucksachen zu lesen.“

Alles in allem ein sehr gelungener und kurzweiliger Abend mit viel Witz, Anekdoten und einem tollen intelligenten Schlagabtausch zwischen Moderator und Gast. Kurz vor Ende gestand Gysi noch, dass er sich von seinem Verlag habe breit schlagen lassen, eine Biografie zu schreiben. Erscheinungstermin sei die Zeit der Frankfurter Buchmesse 2017. Anfragen für Lesungen gäbe es schon heute aus diversen ostdeutschen Städten. Sein Weg wird ihn dann auch wieder

nach Merseburg führen, denn thematisch gebe es noch viel zu besprechen. Mir freuen uns auf jeden Fall drauf und werden auch wieder dabei sein.

Daniela Müller

Stellvertretende Kreisvorsitzende Saalekreis

DIE LINKE Landsberg

2. November 2016: Mitgliederversammlung Von Dr. Ludwig Uhlmann

Zu Beginn der Versammlung teilte der Vorsitzende des Ortsverbandes, Genosse Jirmann, die Aufnahme eines neuen Mitgliedes mit. Den Aufnahmeantrag stellte Beate Tietze, die allerdings aus familiären Gründen nicht selbst an der Versammlung teilnehmen konnte. Genosse Jirmann überreichte den Aufnahmeantrag Genossen Walloch zur Weiterleitung an den Kreisvorstand. Nach einer Auswertung der Gesamtmitgliederversammlung in Merseburg berieten wir über die Schwerpunkte unserer Arbeit in den nächsten 12 Wochen. Zur Mitgliederversammlung werden wir als Jahresabschlussfeier mit einem Jahresrückblick beginnen und uns danach bei Kaffee, Kuchen und auch belegten Brötchen und einem Bier zwanglose Gespräche führen. Die Vorsitzende des Landesverbandes Genossin Birke Bull sagte am Rande der Gesamtmitgliederversammlung zu, unseren Ortsverband wieder einmal zu besuchen. Wir würden uns freuen, wenn das bereits zur Dezemberversammlung geschehen würde. Wegen der guten Beziehungen, die wir inzwischen zu den Kitas und der Schule bestehen, werden auch im nächsten Jahr dort die Mehrzahl unserer Aktivitäten stattfinden. Jedoch bei den älteren Bürgern der Stadt müssen wir uns im nächsten Jahr stärker einbringen. Außerdem werden wir in Vorbereitung der Bundestagswahl 2017 Infostände und andere Aktionen durchführen. Mit Genossen Walloch erörterten wir die Möglichkeiten der materiellen Hilfe durch den Kreisvorstand. Im Gespräch waren neben den kleinen Geschenken zur Verteilung an den Infoständen eine Tischgarnitur und Lichterkette zur besseren Ausstattung dieser Stände.

Mit Informationen der Genossen Andreas Jirmann und Sylke Nagel zur Arbeit der Stadtratsfraktion und einigen organisatorischen Absprachen ging die Versammlung zu Ende.

Was hat dich bewogen, für die Bundestagswahl 2017 zu kandidieren?

Name: Benjamin Dietrich
Alter: 28 Jahre (geb. am 26.03.1989)
Familienstand: eingetragene Lebenspartnerschaft
Beruf: Personaldienstleistungskaufmann
Tätigkeit: selbständiger Unternehmens- und Personalberater

Ich kandidiere im Wahlkreis / Kreis:
Wahlkreis 67 (Börde - Jerichower Land)
umfasst die Landkreise Börde und Jerichower Land

Was hat dich bewogen, für die Bundestagswahl 2017 zu kandidieren?

Die sinkende Zustimmung der Bevölkerung zu den Volksparteien kommt nicht von ungefähr. Ich stehe für die Schaffung einer vertrauensvollen und zuverlässigen Politik - ohne Versprechungen, die man nicht einhalten kann. Viele Wähler*innen wurden durch die lebensferne Politik der letzten Jahrzehnte verprellt.

Politische Arbeit ist für mich kein »Buch mit 7 Siegeln« - durch die Gremien, denen ich bisher angehörte (z.B. Landesintegrationsbeirat und Landesschulbeirat) weiß ich, welche Hebel man in Bewegung setzen muss, um etwas zu verändern.

Durch meine beruflichen Erfahrungen als leitender Angestellter und als selbständiger Unternehmens- und Personalberater bin ich mit den heutigen Ungerechtigkeiten so gut wie täglich konfrontiert. Durch sogenannte »Vermittlungshemmnisse« wird oftmals die berufliche und somit auch die private Zukunft zerstört. Die Politik der letzten Jahre hat versäumt, diese Missstände zu beseitigen.

Nicht zuletzt haben die Reaktionen einiger Genoss*innen mich ermutigt, den Weg der Bundestagskandidatur zu gehen. Das Signal war eindeutig: »Endlich ein junger Kandidat mit Fachexpertise in der Arbeitsmarktpolitik, der einen guten Draht zur Jugend aufbauen kann.

Was sind deine programmatischen Zielstellungen für Deine Kandidatur?

Mein Hauptschwerpunkt liegt in der Arbeitsmarktpolitik. Neben dem Weltfrieden ist kein anderes Thema so bedeutsam wie die »Arbeit«. Im Hinblick

darauf hängen viele Fragen der Wähler*innen in der Luft, die es zu beantworten gilt: Bekomme ich Familie und Job unter einen Hut? Kann ich mit meinem Beruf genug Geld verdienen und erhalte ich überhaupt im Alter noch eine Rente? Was mache ich, wenn ich unterbeschäftigt bin und aufstokkende Leistungen beziehen muss? Oder auch das Gegenteil: Ich bin überbeschäftigt und werde auf Grund dessen krank - wer hilft mir?

Mein besonderes Hauptaugenmerk liegt, wie bereits oben angedeutet, auf Personengruppen mit Vermittlungshemmnissen. Dazu zählen vor allem Langzeitarbeitslose, Menschen mit Behinderungen und Alleinerziehende; aber auch generell Menschen ohne Führerschein bzw. ohne Auto. Hierzu müssen wir realistische und sinnvolle Programme zur Wiedereinführung in den Arbeitsmarkt schaffen (ein Beispiel ist die Gemeinwohlarbeit).

Ein weiteres Problem ist die immer weiter fortschreitende Digitalisierung: Viele Berufe bzw. Berufsgruppen werden über kurz oder lang durch digitale bzw. technische Fortschritte ersetzt. Ein Beispiel hierfür sind Greifarmroboter, die Mitarbeiter*innen bereits zum Teil komplett ersetzen. Neue Formen wie »Paperless-Office« machen einen Teil der kaufmännischen Berufe überflüssig. So müssen wir uns mit einem bedingungslosen Grundeinkommen gezwungenermaßen schnellstmöglich beschäftigen. Den Betroffenen ist nicht geholfen, wenn die Frage erst geklärt wird, wenn das Kind bereits in den Brunnen gefallen ist. Das der Mindestlohn aufgestockt und das unwürdige Arbeitslosengeld II in seiner jetzigen Form abgeschafft werden muss, ist - glaube ich - unbedingtes Ziel.

Was sind deine Ziele für deinen Wahlkreis?

Wir müssen gemeinsam dafür kämpfen, dass es den Menschen wieder besser geht - dafür müssen wir die Sorgen und Nöte der »Abgehängten« ernst nehmen. Ich will Ansprechpartner sein und Hilfestellungen bei Wähleranliegen (z.B. bei Schließung einer Firma)



anbieten - dies gelingt nur durch ein hohes, persönliches Engagement.

Die Stärkung, Anerkennung und Würdigung ist mir wichtig - jedoch braucht Ehrenamt auch Hauptamt, da ansonsten die Energiereserven der Ehrenamtlichen sehr schnell aufgebraucht sind.

Die regionale Verkehrspolitik muss verbessert werden, damit die Menschen auch außerhalb der sogenannten »nichturbanen Gebiete« ihren Arbeitsplatz vernünftiger erreichen können. Der weitere Ausbau der digitalen Infrastruktur ist unerlässlich - nur so besteht der Zugriff auf den Online-Stellenmarkt und die Möglichkeit der Online-Bewerbung. Dies sind zwar in erster Linie nicht meine Themen, aber die Arbeitsmarktpolitik greift in viele Randgebiete, in denen ein praxisnahes Know-How erforderlich ist.

Wie wird es dir gelingen, die schwierige Brücke Bund / Land / Region zu schlagen?

Die Brücke zwischen Bund, Land und der Region bekommt man nur geschlagen, wenn man das

Konkurrenzdenken und die vorhandene »Ellenbogenmentalität« innerhalb der Partei abbaut - ich stehe für die Förderung der offenen und ehrlichen Kommunikation, denn Kommunikation ist alles.

Der direkte Draht zu meinem Wahlkreis und zum Bundesland wird ein wichtiger Bestandteil meiner zukünftigen politischen Arbeit sein. So will ich verlässlicher Ansprechpartner für Anliegen sein, die auf Bundesebene gelöst werden, aber in den unteren Strukturen auszubaden sind. »Es lebe die Basisdemokratie!« - So werde ich regelmäßig die Kreisverbände und Basisorganisationen besuchen.

Ich möchte die Zusammenarbeit und den gemeinsamen Austausch unserer Mandatsträger auf Kreis-, Landes- und Bundesebene aktivieren. Regelmäßige und themenspezifische Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit den Kreisverbänden und den Mandatsträger*innen sind mir eine Herzensangelegenheit - nur so sind wir als Politiker*innen »greifbar« und nicht - wie so oft - »weit weg«.



Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Monat Dezember Geburtstag haben.



Büroeröffnung in Querfurt

Am 5. Dezember hat die Landtagsabgeordnete Kerstin Eisenreich ein weiteres Bürgerbüro eröffnet. Dank tatkräftiger Unterstützung der Mitglieder der Ortsverbände Querfurt und Weida-Land und des Wahlkreismitarbeiters Detlef Walloch ist das Büro im Zentrum der Burgstadt zu einem Schmuckstück geworden. Viele Besucherinnen und Besucher nutzten die Eröffnung, um mit der Abgeordneten ins Gespräch zu kommen. Das Büro soll ein lebendiger Ort des Austauschs werden und wird mittwochs von 10:00 bis 16:00 Uhr geöffnet sein. Für weitere Termine wird um telefonische Absprache unter 03461 276986 gebeten. Ein herzliches Dankeschön an alle, die für die tolle kulinarische Ausgestaltung der Eröffnung und lebhaften Diskussionen gesorgt haben.



Text: Alexander Sorge/Fotos: Silvan Arndt

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
DIE LINKE Saalekreis
Leitergasse 4
06108 Halle (Saale)

Telefon 0345 / 20 255 90
eMail:
linkesblatt@dielinke-halle.de
Marianne Böttcher (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 600 Exemplare
Spende erbeten
Endredaktion dieser Ausgabe:
10. 12. 2016
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 12. 01. 2017

Lars Brzyk – Bewerber um das Direktmandat im Wahlkreis 73 – Burgenland-Saalekreis zur Bundestagswahl 2017 bespricht aktuelle, brisante Themen

Beitragsfreier Sport in Vereinen

Dass Sport gesund ist, wissen wir nicht erst seit gestern. Spätestens seit dem Aufkommen von Ernährungsberatern, die zur gesunden Ernährung auch die sportliche Betätigung proklamieren, wissen wir, dass eine ausgewogene Ernährung zusammen mit Sport in Maßen den menschlichen Körper hilft, fitter zu werden sowie gesunder und länger zu leben. In Kindertagen haben wir zudem Sport getrieben, um uns in eine Gemeinschaft zu integrieren – das Zusammensein zu genießen und vor allem den Teamgeist zu fördern. Bei vielen entwickelt sich Ehrgeiz, der den Willen zum Siegen anregt. Das hat zur Folge, dass der Stellenwert innerhalb einer Gemeinschaft wächst und das Selbstbewusstsein stärkt. Und auch, wenn man nicht gewinnt, ist man in der Gemeinschaft gut aufgehoben und erfährt trostspendende Worte und Unter-

stützung. Damit das auch so bleibt, muss Sport in Vereinen finanzierbar bleiben. Ich plädiere für kostenlose Mitgliedschaften für Jugendliche bis 16 Jahre. Mein Tipp:

Es existieren bereits Fördertöpfe des Landes, die die Existenzen von Vereinen unterstützen. Ich werde dafür

kämpfen, dass wir über die Weiterbildung von Trainern und den Aus- und Umbau von Sportstätten hinaus kommen. Wir müssen das Engagement der ehrenamtlichen Ausbilder und Trainer weiter unterstützen und honorieren. Und wir müssen Fördermittel gerecht verteilen, damit unsere Jugend sich in ihrer Freizeit sinnvoll betätigen kann und eigene Werte aufzubauen lernt.

Euer Lars



Tag der Befreiung

Von der Veranstaltung: Letztes Jahr hat sich der Tag der Befreiung in Deutschland zum 70. Mal gejhrt. Das haben wir zum Anlass genommen, einen Baum zu pflanzen und eine Tafel zur Erinnerung aufzustellen. Es dauerte allerdings nicht lang, bis unser - nicht gerade kleines - Bäumchen gestohlen wurde.

Die Tafel wurde dabei aber nicht angerührt und daher hoffen wir, dass es sich bei dem Diebstahl wenigstens nicht um eine politische Aktion handelte. Nun haben wir uns dazu entschlossen, einen neuen Baum zu pflanzen und noch einmal gemeinsam an das Ende der schrecklichen Diktatur der Nationalsozialisten zu erinnern.

Dieses grausame Kapitel der Geschichte darf unter keinen Umständen in Vergessenheit geraten - zumal das Ende des Krieges nicht das Ende von rechten, faschistischen, rassistischen und ganz allgemein menschenverachtenden Ideologien bedeutete, was uns gerade heutzutage immer wieder schmerzhaft vor die Augen gefhrt wird. Erinnern wir gemeinsam daran, wohin eine herzlose, hasserfüllte Gesellschaft führen kann und daran, dass die Alliierten den Nationalsozialisten vor 71 Jahren zum Glück ein Ende bereiteten. Nach der

Veranstaltung: Zum Erinnern an das Ende des 2. Weltkrieges haben wir vor einigen Tagen - nun zum zweiten Mal - einen Baum im Landsberger Udepark gepflanzt, diesmal eine Roteiche. Auch wenn es schade ist, dass eine Wiederholung der Pflanzung aufgrund eines Diebstahls nötig wurde, gibt uns das die Gelegenheit, noch einmal auf die Bedeutung der Erinnerung an die Verbrechen der Nazi-Diktatur und den grausamen 2. Weltkrieg hinzuweisen.

So etwas darf sich niemals wiederholen. Es ist daher entsetzlich, dass wir in der Gegenwart wieder deutliche Tendenzen hin zu einer kalten, menschenverachtenden, von Rassismus und Intoleranz geprägten Gesellschaft sehen. Gerade gegen diejenigen unter uns, die Hilfe und Beistand so dringend nötig haben, dass sie ihre Heimatländer dafür verlassen, wird Gewalt zur Alltäglichkeit.

Die Parallelen zur Zeit kurz vor dem Nazi-Regime werden in diesem Punkt leider unverkennbar.

Auch daher der Spruch am Baum:

“Wer die Vergangenheit nicht versteht, versteht nichts wirklich.“—

Stefan Zweig
von Felix Teske

DIE WAFFEN NIEDER – Widerstand gegen Militarisierung, Waffenexporte und Kriege!

Seit 2008 befindet sich die Welt in einem akuten Krisenzustand. Die damals offen ausgebrochene Finanzkrise, aus der später eine Staatsschuldenkrise erwuchs, ist in ihrem Kern eine permanente Überproduktionskrise der entwickelten kapitalistischen Staaten. Diese hat, aufgrund der Abhängigkeit der weniger entwickelten Staaten von den aus den „reichen“ Ländern gespeisten Finanzströmen und aufgrund des sinkenden Importbedarfs dieser Länder, inzwischen die ganze Welt erfasst. Parallel dazu stieg die Anzahl und Intensität von Kriegen und kriegerischen Auseinandersetzungen deutlich an. Noch nie seit dem 2. Weltkrieg waren so viele Menschen wie jetzt auf der Fluch vor dem Krieg!

Doch schon seit 1999, beginnend mit dem Krieg gegen Jugoslawien und fortgesetzt mit den Kriegen gegen Afghanistan und den Irak, wird Krieg, unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Terror oder gegen diktatorische Regimes, wieder als „bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ (Zitat Clausewitz) durch eine US-geführte „Allianz der Willigen“ unter Aushebelung des Völkerrechts vom Zaun gebrochen. Die sozialökonomische Basis und Ursache dieser neuen Kriege ist das Expansionsstreben des Kapitals in den Ländern mit der höchsten Kapitalkonzentration (das sind im Wesentlichen die „G7“-Länder), mit dem, durch Eroberung neuer Märkte und Rohstoffquellen sowie billiger Arbeitskräfte, die ins Stocken geratene Kapitalverwertung, erkennbar an Niedrigzinsen, wieder gesichert werden soll.

Gemäß dem von Lenin entdeckten „Gesetz der Ungleichmäßigkeit der Entwicklung der kapitalistischen Länder“ musste diese militärische Expansion früher oder später auf den Widerstand ökonomisch aufstrebender Konkurrenten dieser Länder stoßen. Dies ist 2014 geschehen, als das kapitalistische Russland sich durch den Anschluss der Krim in der Situation des vom Westen initiierten Regime Changes in der Ukraine seinen militärischen Einfluss in der Schwarzmeerregion sicherte. Beginnend mit dieser Machtdemonstration setzte Russland mit seiner Unterstützung der Rebellen in der Ostukraine und mit dem militärischen Eingreifen auf der Seite der Regierung in Syrien die

Verteidigung seiner kapitalistischen Interessen gegen diejenigen der westlichen Allianz unter Führung der USA fort.

Die aktuelle Situation und die Zukunft sind gekennzeichnet durch die Intensivierung des kalten und heißen Krieges zwischen den verschiedenen kapitalistischen Machtblöcken, deren ökonomisches und damit auch militärisches Potential im Verhältnis zueinander in Veränderung begriffen ist. Neue Akteure wie z.B. China und der Iran werden auch in diese Auseinandersetzungen eingreifen. Der Ausgang der internationalen militärischen Auseinandersetzungen, von Vielen auch schon als dritter Weltkrieg bezeichnet, ist ungewiss. Fakt ist aber, dass die Leidtragenden einmal mehr nicht die Kriegstreiber aus den militärisch-industriellen Komplexen aller beteiligten Länder sein werden, sondern die „kleinen Leute“, das „einfache Volk“, also die Arbeiterklasse, Bauern und die kleinen „Selbständigen“. Die ganz überwiegende Mehrheit der Menschen sowohl in den entwickelten und den aufstrebenden kapitalistischen Staaten als auch in den sogenannten „Entwicklungsländern“ erfährt in diesen Kriegen wieder unermessliches Leid. Daraus resultieren Hass, religiöser Fanatismus, Flucht und Vertreibung. Auch dies wird von den imperialistischen Mächten wieder missbraucht, um die angestammte Bevölkerung in ihren Staaten gegen die dorthin Flüchtenden aufzuhetzen und auf diese Weise von den wahren Urhebern von Armut und sozialer Spaltung auch in den „reichen“ westlichen Ländern abzulenken. Wie soll sich die Partei DIE LINKE, wie soll sich die linke Bewegung in diesem Konflikt positionieren?

Wir trauern um unseren Genossen

Erich Müller

geboren am 3. März 1933
verstorben am 25. November 2016

Klaus-Dieter Iffarth
im Namen des
Ortsverbandes Wettin-Löbejün

Karl Liebknecht hat im Frühjahr 1915 die Klasseninteressen der überwiegenden Mehrheit des (in diesem Fall deutschen) Volkes eindeutig formuliert: „Der Hauptfeind des deutschen Volkes steht in Deutschland: der deutsche Imperialismus, die deutsche Kriegspartei, die deutsche Geheimdiplomatie. Diesen Feind im eigenen Lande gilt’s für das deutsche Volk zu bekämpfen, zu bekämpfen im politischen Kampf, zusammenwirkend mit dem Proletariat der anderen Länder, dessen Kampf gegen seine heimischen Imperialisten geht.“

Die Linke muss ganz klar die Ursache der aktuellen Kriege und ihrer Ausweitung zu einem neuen Weltbrand benennen: das Expansionsstreben des Monopolkapitals, das sich nach wie vor der politischen und militärischen Unterstützung ihrer jeweiligen Nationalstaaten bedient. Das US-amerikanische, deutsche, britische, russische, chinesische... Großkapital unterscheiden sich nur im aktuellen Grad ihrer Konzentration und der sich daraus ergebenden Aggressivität voneinander. Es gibt aber kein „gutes“ und kein „schlechtes“ Kapital. Das deutsche Großkapital ist kein Deut besser als das US-amerikanische. Denn in seinem Interesse fordert die deutsche „Verteidigungs“ministerin von der Leyen 130 Milliarden Euro innerhalb von 15 Jahren, also 8,7 Mrd. pro Jahr, für 2016 fast 3 Prozent des Bundeshaushalts, zusätzlich zur „Modernisierung“ der Bundeswehr. Das ist aktive Kriegsvorbereitung auf Kosten von Bildung, Gesundheit und Integration in Deutschland. Zum Vergleich: Bauministerin Hendricks fordert 1,3 Mrd., also nur 15 Prozent dieser Summe, um genügend Sozialwohnungen, auch für anerkannte Flüchtlinge, bauen zu können. Insgesamt beträgt der Haushaltsansatz für das „Verteidigungs“ministerium 2017 36,6 Mrd. •; das sind 11,1 Prozent des geplanten Bundeshaushalts! Das ist der zweitgrößte Haushaltsposten. Für Entwicklungshilfe sind gerade einmal 8 Mrd. •, also knapp 22 Prozent der Rüstungsausgaben, vorgesehen. Auch diese Prioritätensetzung zeigt die Gültigkeit des Zitates von Jean Jaurès (1859 – 1914): „Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen.“



Um die Kriegstreiber aufzuhalten, braucht es ein Bündnis aller demokratischen und humanistischen Kräfte, aller Menschen, die dem ökonomischen Schweinezyklus des Kapitalismus aus Wachstum zur Profitsicherung – Marktsättigung mit Stagnation – Überproduktionskrise – Krieg - profitable Zerstörung – Wachstum beim Wiederaufbau – Marktsättigung mit Stagnation – Überproduktionskrise usw. das Gebot der Menschlichkeit entgegen setzen. Es braucht ein Bündnis aller, die sich dieser nach dem Niedergang der sozialistischen Alternative erneut stark geworden kapitalistischen Hydra nicht klagend ergeben wollen, sondern die bereit sind, für eine menschliche Welt zu kämpfen.

Am 8. Oktober kamen 8...10000 Menschen zur Antikriegsdemonstration unter der Losung „DIE WAF-FEN NIEDER – Kooperation statt NATO-Konfrontation; Abrüstung statt Sozialabbau“ in Berlin zusammen. Die Redner forderten einhellig das Ende aller Auslandseinsätze der Bundeswehr, das Verbot aller Waffenexporte, die Lösung aller internationalen Konflikte auf diplomatischem Wege sowie die Finanzierung von Bildung, Wohnungsbau und Gesundheitsbetreuung statt Rüstung. All dies sind Forderungen, die voll und ganz dem Beschluss des Magdeburger Parteitags der LINKEN „Für Frieden und eine gerechte Weltordnung“ entsprechen.

Die Demonstration in Berlin war ein hoffnungsvoller Neuanfang der Friedensbewegung, die sich nach dem Friedenswinter 2014/15 wegen des Vorwurfs der Kooperation mit Rechten selbst zerlegt hatte. An

einer zeitgleichen Gegendemonstration von Rechten, Antisemiten und Verschwörungstheoretikern beteiligten sich nur einige ...zig Menschen. Natürlich wurde die Demonstration von den bürgerlichen Medien, wie üblich, tot geschwiegen, klein gerechnet oder diffamiert. Das ist nichts Neues. Und dennoch: Der Anfang ist gemacht!

Die nächsten Termine, zu denen hoffentlich auch mehr Genossinnen und Genossen aus unserem Kreisverband (in Berlin waren es exakt 6!) mitkommen, sind:

- - die traditionelle Luxemburg-Liebkecht-Demonstration am 15. Januar 2017 in Berlin (im Zusammen-

hang damit die international besetzte Rosa-Luxemburg-Konferenz am 14. Januar 2017)

- - die Demonstration gegen die „Münchener Sicherheitskonferenz“ am 10. Februar 2017.

Zu beiden Veranstaltungen wird es Mitfahrgelegenheiten geben. Also bitte vormerken, denn:

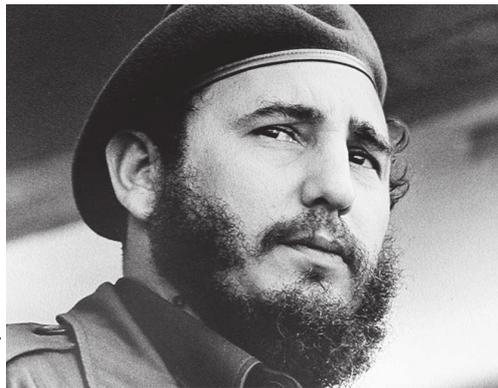
Nichts ist wichtiger als Frieden. Und der ist in akuter und zunehmender Gefahr!

Das erfordert Widerstand von uns allen – bevor es zu spät ist!

Michael Teske

Danke Fidel für Dein Lebenswerk!

Der Zaun der kubanischen Botschaft war mit Blumen geschmückt, Kerzen brannten, jemand hatte ein Schild mit der Aufschrift „Gracias Fidel“ angebracht. Fast einhundert Kubafreunde hatten sich am 26. November 2016 in stillem Gedenken am Eingang der Botschaft versammelt. Sie wollten Abschied nehmen von einem standhaften Revolutionär, einem großen Internationalisten und einem vor allem in Lateinamerika und in den Ländern des globalen Südens hochverehrten Staatsmann. Fidel Castro war die Führungspersönlichkeit der kubanischen Revolution, sein Name ist zudem eng verbunden mit dem Integrationsprozess auf dem lateinamerikanischen Kontinent.



All jene, die sich für Unabhängigkeit, Frieden und soziale Gerechtigkeit einsetzen, verneigen sich in tiefer Trauer vor Fidel Castro. Die kubanische Revolution war und ist ein Beleg dafür, dass eine bessere Welt als gesellschaftspolitische Alternative zum Kapitalismus möglich ist und erkämpft werden kann. Und es ist genau dieses Beispiel, das den Mächtigen dieser Welt Angst macht: das Beispiel eines kleinen Landes, das sich gegen übermächtige Gegner behauptet, ein Land, das seinen Prinzipien treu bleibt und souverän seinen eigenen Weg der Unabhängigkeit und des Sozialismus geht.

Wer Fidel Castro war, schreibt André Scheer in der „Jungen Welt“, lässt sich leicht beantworten, wenn man sich anschaut, „wer um den langjährigen kubanischen Präsidenten trauert und wer seinen Tod beju-

belt“. Nachdem die Agenturen die Nachricht von Fidels Tod verbreitet hatten, ließen die antikubanischen Kräfte in Miami die Sektkorken knallen, der künftige US-Präsident Trump beeilte sich zu verkünden, die erreichten Verbesserungen in den Beziehungen zwischen den USA und Kuba wieder rückgängig zu

machen, und die bürgerlichen Medien betonten in ihren Berichten immer und immer wieder ihre Kritik am kubanischen Gesellschaftsmodell, bezeichneten den Verstorbenen sogar als „Machtpolitiker“ „Tyrann“ und „Diktator“. Und in der Stunde der Trauer schmerzt es ganz besonders, wenn Menschen, die sich politisch links verorten, in tiefer Unkenntnis die Beleidigungen,

Plattheiten und Lügen der bürgerlichen Meinungsmacher einfach nachplappern.

Die Mitstreiterinnen und Mitstreiter der AG Cuba Sí trauern um den Comandante en Jefe. Der Tod Fidels wird die Aktivistinnen und Aktivisten der Solidaritätsgruppen in Deutschland, Europa und international noch enger zusammenschweißen und die Solidaritätsarbeit für das sozialistische Kuba und den Kampf für eine bessere Welt fortsetzen.

Bei der spontanen Trauerfeier für Fidel vor der kubanischen Botschaft in Berlin versicherte der kubanische Botschafter in der Bundesrepublik, René Mujica Cantelar, den Anwesenden, sein Land werde prinzipientreu den Weg der Unabhängigkeit und des Sozialismus weitergehen.

Danke Fidel für Dein Lebenswerk! Hasta la victoria siempre!
AG Cuba Sí

Zum Tod von Fidel Castro

Zum Tod von Fidel Castro erklären Katja Kipping und Bernd Riexinger, Vorsitzende der Partei DIE LINKE:

Mit großer Betroffenheit haben wir die Nachricht vom Tod Fidel Castro Ruz aufgenommen.

Fidel prägte die Geschichte des 20. Jahrhunderts. Mit ihm verlieren wir einen Kämpfer und Revolutionär, die Schlüsselfigur für einen eigenen und friedlichen Weg Kubas. Wie kein anderer stand Fidel Castro Ruz für tatsächlich gelebte und praktische internationale Solidarität.

Wir haben größte Anerkennung für die sozialen Errungenschaften auf Kuba. Es zählt zu den Erfolgen der Revolution, dass ein gutes allgemeines Bildungssystem und medizinische Versorgung und Krankenhäuser in einem Land entstanden, in dem es sie vorher nicht gegeben hatte und das von Armut für die große Mehrheit der Bevölkerung geprägt war. Hierzu hat Fidels mit seiner großen Überzeugung und seinem Kampfgeist wesentlich beigetragen.

Wir bekunden den Kubanerinnen und Kubanern und besonders der Familie von Fidel Castro Ruz unser Mitgefühl sowie unsere tiefe Anteilnahme und bekräftigen unsere Solidarität mit dem kubanischen Volk.

Fidel sagte einmal: „Ich glaube weiterhin fest daran, dass eine bessere Welt möglich ist.“ Behalten wir ihn in Erinnerung und kämpfen wir weiter für eben das: eine bessere Welt.

Aus der letzten Stadtratssitzung vom 23.11.2016

Wie soll Hans-Dietrich Genscher in Halle geehrt werden? Diese Frage beschäftigt den Stadtrat schon eine Weile; eine Arbeitsgruppe wurde gebildet, aber ein ganz konkretes Ergebnis liegt noch nicht vor. Und das hat den Oberbürgermeister in seinem Bericht an den Stadtrat bewegt. Da eben diese Arbeitsgruppe noch nichts Konkretes vorzuweisen hat, will der Oberbürgermeister eine Vorlage in den Stadtrat bringen und sich für einen konkreten Vorschlag aussprechen. Übrigens favorisiert unsere Fraktion den Vorschlag, den Bahnhofsvorplatz nach Hans-Dietrich Genscher zu benennen. Nach der Ankündigung des Oberbürgermeisters, dass er den Vorschlag aufgreifen würde, für den sich die meisten Bürger*innen nach einer MZ-Umfrage entschieden, stoß auf Kritik im Stadtrat.

Neben vielen anderen Informationen gab der OB auch bekannt, dass in diesem Jahr der Kunstpreis an Herr Ulrich Reimkasten gegangen ist!

Die Vorlagen im Stadtrat waren „sehr übersichtlich“. Es gab einige vorhabenbezogene Bebauungspläne – so z. B. zum Einkaufszentrum Vogelweide. Auch Baubeschlüsse wurden ohne große Diskussionen bestätigt. Dazu gehörten der Baubeschluss, dass aus der ehemaligen Turnhalle des neuen städtischen Gymnasiums eine Aula entstehen soll. Einige Dringlichkeiten passierten auch den Rat. Wieder einmal muss z. B. die Stadt mehr Geld für „Hilfen zur Erziehung“ ausgeben. Auch der Neustrukturierung des Stadtschreiberstipendiums ab 2017 wurde zugestimmt. Neu

ist u. a. die monatliche Aufwandsentschädigung, die jetzt bei 1.250,00 EUR liegt. Das Stipendium bekommt der Gewinner einer Ausschreibung für ein halbes Jahr; dazu eine möblierte Wohnung zur Nutzung und eine Monatskarte der HAVAG. Der Stadtschreiber oder die Stadtschreiberin muss mindestens zwei Lesungen halten.

Große Diskussion gab es zur ersten Änderungsatzung zur Satzung zur Festlegung von Schulbezirken für Grund- und Sekundarschulen in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale). Im nächsten Jahr soll die Glauchaschule wieder eröffnet werden und entsprechend müssen die Einzugsbereiche geändert werden; das heißt, es gibt bestimmte Straßen, die den Schulen zugeordnet werden und die Schüler*innen, die dort wohnen, müssen dann in die entsprechenden Schulen eingeschult werden. Durch diese neue Schulöffnung machte die Stadtverwaltung Vorschläge, wie eine Neuaufteilung aussehen könnte. Im Stadtrat gab es Änderungsanträge, die den Vorschlag der Verwaltung veränderten. Sie für unsere Fraktion aber nicht nachzuvollziehen war. Wir sind für eine sozial ausgewogene Variante, diese haben wir in der Vorlage der Stadtverwaltung gesehen. Wir stimmten den Änderungsvorschlägen nicht zu; sie fanden aber im Stadtrat eine Mehrheit.

Diskussionen gab es im Stadtrat dann noch zu einer Vorlage, in der es um die „Verteilung“ von 1,2 Millionen EUR aus dem Finanzausgleichsgesetz, die

die Stadt Halle bekommt. Das Geld wird z.B. für die Betriebskosten für den Eisport, für die Feuerwehr Lettin und für den Unterhalt von Straßen genutzt. Und für eine Elektroanlage für das Grundstück Reilstraße 78. Dagegen gab es einen Antrag der CDU, die gegen diese Investition waren. Sie argumentierten, dass der Verein – ein alternativer Verein – aus Einnahmen

dieses Geld aufbringen müsste. Alle anderen Fraktionen und die Stadt Halle argumentierten für diese notwendige Investition. Tom Wolter – MitBÜRGER – sprach uns aus dem Herzen, als er argumentierte, „das wohl die Nutzer der Reilstraße 78 nicht zum politischen Spektrum der CDU gehörten!“
Ute Haupt, Stadträtin

Post von Lene

Liebe ältere und jüngere Mitmenschen,
bevor ich euch schreibe, was mich samt meinen besten Kumpels Leo und Anton in der Politik aufregt, erst einmal das Neueste aus der Schule.

Unser Sportlehrer Herr Sprung ist in Rente gegangen. Naja, Kopfstand, Handstand mit Überschlag oder Hechtsprung längs über das Pferd würde uns sicher auch schwer fallen, wenn wir schon so steinalt wären wie er. Ansonsten war er prima, hilfreich und gerecht und hat uns immer angefeuert und deshalb hatten wir gern bei ihm Sport. Die ziemlich unsportliche Markenklamottenpaula und noch zwei Zicken freuen sich, glaube ich als einzige, weil er sie trotz Umsäuelung nicht vorgezogen hat. Denkt ihr vielleicht, ein Nachfolger ist in Sicht? Nee! Dafür Sportausfall ohne Ende oder Stillbeschäftigung (haha)!! Manchen freut das vielleicht (mich auch manchmal, ehrlich). Aber in der 12. Klasse beim Abi fragt keiner mehr, ob wir da Ausfall hatten oder nicht, wenn wir eine Aufgabe nur schlecht oder nicht lösen können.

Und schon lande ich wieder bei der Politik.

Meine Großeltern sagten mir nach meiner Anfrage, dass das nicht nur auf unserem Gymnasium so ist, sondern an vielen Schulen. Für Lehrkräfte, die in Rente gehen, ist kein Ersatz da. Eine „schwarze Null“ (?), war der alten Regierungen unter Herrn Haseloff im Haushalt immer wichtiger, als genügend Leute einzustellen.

Das Dollste ist, dass der neue schwarz eingefärbte Schulminister namens Tullner alles, was jetzt an den Schulen wegen mangelnder Lehrkräfte schief läuft, dem Direktor des Schulamtes in die Schuhe geschoben und sogar ratz batz aus dem Amt gejagt hat.

Oma sagt, das ist ein Skandal und die Linken sind ebenso empört darüber wie die SPD und die Grünen. Und das mit Recht, meint Oma, weil der Rausgeschmissene im Unterschied zu dem Tullner eine Schulkompetenz (?) gehabt hat. Wo soll denn dieser

Direktor die fehlenden Lehrkräfte hernehmen und nicht stehlen? Na, das verstehe sogar ich und ich bin noch eine Schülerin. Nur die AfD klatscht Beifall und findet den Rausschmiss gut, Da würde ich aber an Herrn Tullners Stelle doch ein bisschen nachdenklich sein, findet ihr nicht auch?

Leo sagt, dass an der Grundschule, in die sein kleiner Bruder geht, zurzeit die Lehrerinnen zum Teil die Nachmittagsbetreuung wegen fehlender pädagogischer Mitarbeiterinnen mit übernehmen müssen. So ist es nicht nur an den Schulen, habe ich gelesen, sondern auch bei der Polizei gibt es so eine Wirtschaft. Ich fragte meine Eltern, ob die obere Regierung nicht weiß, wie alt die Leute sind, die in einem öffentlichen Dienst (so nennt man das) arbeiten. Papa erklärte mir, dass jeder, der hier arbeitet oder arbeiten will einen geschriebenen Lebenslauf abgeben musste – da steht alles drin: Schulabschluss, Ausbildung mit Abschlusszeugnis und natürlich auch das Geburtsdatum. Und das sollen die in Magdeburg nicht mitbekommen haben?

Beim Lauschen habe ich mitgekriegt, dass der einstige rosa Minister, der das Landesgeld unter sich hatte, für die Austerität war. Die spart nicht wie ihr wisst, bei Betong und Steinen, sondern bei den Menschen. Er hatte daher auch den Spitznamen Sparkommissar. Und nun haben wir den Salat: Bei einem Autounfall stundenlanges Warten auf mangelnde Polizisten! Beim Abi wegen zu wenig Lehrkräften und Ausfall eventuell schlechtere Noten! Wenn der Winter kommt, Steckenbleiben von Autos im Schnee wegen mangelnder Schneewegräumer! Manchmal habe ich so das dumme Gefühl, dass der AfD, die sich dann wieder mal als Retter aufspielen wird, dann noch mehr Menschen nachlaufen könnten. Und die schieben dann wieder alles auf die Flüchtlinge und das Geld, was man für sie braucht. Die würden von den Millionären auf keinen Fall höhere Steuern abverlangen.

Bis bald!

Tschüss Eure Lene

Solidarität und Gerechtigkeit.

So schaffen wir das!

DIE LINKE.
SACHSEN-ANHALT

Stadtparteitag am 10. Dezember 2016 Wahlergebnisse

Delegierte Landesparteitage 2017/2018

Liste zur Sicherung der Mindestquotierung		gemischte Liste	
Name	Stimmen	Name	Stimmen
Marianne Böttcher	106	Achim Bittrich	93
Janina Böttger	100	Ralf Böttcher	68
Ute Haupt	105	Hartmut Büchner	86
Marion Krischok	105	Dirk Gernhardt	82
Henriette Quade	104	Hendrik Grothe	94
Lydia Roloff	99	Tobias Heller	79
Petra Scheibe	93	Swen Knöchel	102
Frigga Schlüter-Gerboth	92	Hendrik Lange	104
		Jan Röttschke	90

109 abgegebene Stimmzettel,
davon 107 gültig
2 ungültig

106 abgegebene Stimmzettel,
davon 104 gültig
2 ungültig

Vertreter*Innen zur Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl 2017

Liste zur Sicherung der
Mindestquotierung

Name	Stimmen
Marianne Böttcher	102
Janina Böttger	98
Ute Haupt	103
Ingrid Höpner	100
Marion Krischok	103
Henriette Quade	103
Lydia Roloff	98
Petra Scheibe	91

109 abgegebene Stimmzettel,
davon 104 gültig
5 ungültig

gemischte Liste

Name	Stimmen
Ralf Böttcher	68
Hartmut Büchner	86
Dirk Gernhardt	88
Hendrik Grothe	92
Tobias Heller	84
Jan Hoffmann	91
Swen Knöchel	103
Hendrik Lange	103
Jan Röttschke	86

106 abgegebene Stimmzettel,
davon 105 gültig
1 ungültig



Parlamentarische Initiativen zur 9. Sitzungsperiode des Landtages (14./16. Dezember 2016)

Die Fraktion wird folgende eigenständige parlamentarische Initiativen in die bevorstehenden Landtagssitzungen vom 14. bis 16. Dezember 2016 einbringen (Reihenfolge entsprechend der Drucksachen-Nummer):

Rundfunkbeiträge stabil halten - MDR-Staatsvertrag novellieren (Drs. 7/697)

Die unabhängige Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) hat in ihrem Bericht für die Jahre 2017 bis 2020 bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten einen Überschuss von 542,2 Millionen Euro festgestellt. Die Ministerpräsidenten der Länder wiesen mehrheitlich Erwägungen zurück, diesen Überschuss durch eine Beitragssenkung abzubauen. Die Fraktion DIE LINKE begrüßt diese Entscheidung, fordert aber mit ihrem Antrag Transparenz bei der Entwicklung und dem Finanzgebaren der Rundfunkanstalten. Deshalb soll der Landtag über die Kostenentwicklung und ihre Ursachen informiert werden. Die Fraktion hält es zudem für geboten, das Bundesverfassungsgerichtsurteil zum ZDF-Staatsvertrag zwingend für die künftige Gremienbesetzung beim MDR zu berücksichtigen. Darüber hinaus tritt die Fraktion für weitere verbindliche Schritte zum Ausbau der Barrierefreiheit der Angebote ein.

Zunehmende Altersarmut stoppen - würdevolles Leben ermöglichen (Drs. 7/701)

Um Altersarmut aktiv zu bekämpfen, ist ein weiteres Absinken des Rentenniveaus zu verhindern und dessen Anhebung auf mindestens 53 % anzustreben. Um den finanziellen Spielraum für Leistungsverbesserungen zu erweitern, müssen zudem die Beitragsgrundlage erweitert und die Beitragsbemessungsgrenzen zunächst deutlich angehoben und perspektivisch abgeschafft werden. Die damit verbundenen Rentensteigerungen bei Besser- und Bestverdienenden sind abzuflachen. Die Fraktion ist der Auffassung, dass eine einkommens- und vermögensgeprüfte solidarische Mindestrente in Höhe von 1.050 Euro, die ein menschenwürdiges Leben im Alter ermöglicht, auch in Deutschland realisierbar ist.

Europäische Verantwortung wahrnehmen - Keine Abschiebungen nach Afghanistan (Drs. 7/702)

Die Sicherheitslage in Afghanistan ist katastrophal und wird sich absehbar nicht bessern, das haben die Entwicklungen der vergangenen Monate gezeigt. Dieser Situation zum Trotz drängen die Bundesregierung und die EU seit Monaten vehement auf massenhafte Abschiebungen von afghanischen Geflüchteten. Die Lan-

desregierung soll Abschiebungen von Geflüchteten aus Afghanistan gemäß § 23 Absatz 1 oder hilfsweise gemäß § 60a Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) aussetzen. Für die Fraktion ist es geboten, Geflüchteten aus Afghanistan eine sichere Bleibeperspektive und Integrationskurse von Anfang an zu gewähren.

Beitragsauseinandersetzungen Einhalt gebieten (Drs. 7/703)

Der Streit um Abwassergebühren ist längst nicht beigelegt. Die im Juni 2016 geschaffenen rechtlichen Möglichkeiten, bestehende Beitragsauseinandersetzungen in einem Moratorium auszusetzen oder durch Vergleich zu entscheiden, bleiben weitestgehend ungenutzt. Statt Rechtssicherheit zu schaffen, setzt(e) in den letzten Wochen eine regelrechte Welle von Mahnungen und weiteren Maßnahmen betroffene Bürger*innen unter Druck. Die Landesregierung soll sich unverzüglich mit den betroffenen Zweckverbänden ins Benehmen setzen, um den Beitragsauseinandersetzungen Einhalt zu gebieten und unbillige Härten gegenüber Bürger*innen zu vermeiden.

Wegwerfverbot für Lebensmittel (Drs. 7/705)

Jährlich landen ca. 11 Mio. Tonnen Lebensmittel im Müll. Ein Teil dieser genießbaren Lebensmittel wird von Lebensmittelgroß- und Einzelhändlern entsorgt. Gleichzeitig beklagen die Tafeln, auch in Sachsen-Anhalt, nicht ausreichende, teils rückläufige Lebensmittelpenden. Aus Sicht der Fraktion muss diesen Herausforderungen mit einem Wegwerfverbot von Lebensmitteln nach französischem Vorbild begegnet werden. Daher soll die Landesregierung im Bundesrat daraufhinwirken, ein gesetzliches Wegwerfverbot von Lebensmitteln einzuführen. Dieses Wegwerfverbot soll Lebensmittelgroß- und Einzelhändlern verbieten, unverkaufte oder beschädigte, aber noch genießbare Lebensmittel wegzuerwerfen.

Keine Förderung von Tarifflocht (Drs. 7/718)

Die mit Steuermitteln (11,25 Mio. Euro) geförderte Großbäckerei Lieken will im neuen Werk in Wittenberg künftig nicht nach Tariflohn zahlen. Dieser Vorgang belegt erneut die völlig verfehlte und blinde Wirtschaftsförderpolitik der Landesregierung. Mit Fördermitteln begünstigte Tarifflocht darf es nicht geben. Die Fraktion hält daher eine Aktuelle Debatte zu den Auswirkungen einer solchen verfehlten Förderpolitik und zu deren konsequenter Neuausrichtung auf Kriterien wie gute Arbeit und Nachhaltigkeit für notwendig.

Dr. Thomas Drzisga

Pressesprecher